

Antrag

der Abgeordneten Dr. h. c. Thomas Sattelberger, Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Peter Heidt, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Marco Buschmann, Karlheinz Busen, Carl-Julius Cronenberg, Christian Dürr, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Oliver Luksic, Till Mansmann, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Dr. Stefan Ruppert, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Verlorenes Schuljahr vermeiden – Schnellstmöglich Online-Lernen deutschlandweit aufbauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Angesichts der hohen Infektionsgefahr des grassierenden Coronavirus⁴ (COVID-19) sind derzeit bundesweit die Schulen geschlossen. Die Schließungsdauer ist aktuell noch nicht absehbar. Dies darf nicht zu anhaltendem Unterrichtsausfall führen und zu Lasten der Zukunftschancen jungen Menschen in Deutschland gehen.

Deshalb ist eine bundesweite, umfassende Initiative für das Online-Lernen der Millionen Schülerinnen und Schüler in unserem Land dringend erforderlich und unumgänglich. Bereits vorhandene länderspezifische Serverkapazitäten sind offensichtlich nicht stabil genug. Beispielsweise ist die Lernplattform mebis in Bayern unter dem Ansturm zusammengebrochen, ebenso wie der Lernraum Berlin und der Landesbildungsserver in Sachsen-Anhalt.

Bereits am 6. März 2020 haben die Freien Demokraten in einer schriftlichen Einzelfrage an die Bundesregierung die Möglichkeiten ausgelotet, Kooperationen von Schulen mit Lernplattenformen wie beispielsweise itslearning oder sofator – wie in Bremen und Sachsen-Anhalt bereits erfolgreich praktiziert – gemäß Artikel 104b Absatz 1 des Grundgesetzes bundesweit zu ermöglichen (Schriftliche Frage 103 des Abgeordneten Dr. h. c. Thomas Sattelberger auf Bundestagsdrucksache 19/18770).

In der Antwort vom 13. März 2020 führt das Bundesministerium für Bildung und Forschung aus: „Das LMS itslearning stellt einen Teil einer digitalen Infrastruktur dar und wäre als solches auch im Rahmen des DigitalPakts Schule auf Schulträger- oder Landesebene förderfähig. Die Angebote von sofator sind als Bereitstellung von digitalen Inhalten (insbesondere Erklärvideos) zu klassifizieren und können nicht durch Mittel des DigitalPakts Schule finanziert werden.“

Vor dem Hintergrund der Krise ist das keine adäquate Reaktion. Um schnell handlungsfähig zu sein, wird es auch nötig sein, auf bewährte, stabile, gegebenenfalls auch private Serverkapazitäten zurückzugreifen.

Neben diesem Engpass wird es eine zusätzliche Herausforderung sein, für hunderttausende Lehrerinnen und Lehrer, die bisher nicht oder nicht ausreichend mit den Online-Learning-Möglichkeiten und -Methoden vertraut sind, rasch eine umfassende digitale Weiterbildung anzubieten.

Deutschland besitzt neben altbewährten Bildungsanbietern wie beispielsweise der Fernuniversität Hagen inzwischen auch renommierte, teilweise schon lange qualitätsgesicherte „Ed-Tech“-Start-ups und etablierte Online-Bildungsanbieter wie beispielsweise Moodle, sofator, Anton oder Simpleclub, die unbedingt in diese Initiative einbezogen werden müssen. Sie haben unter den Schülerinnen und Schülern pro Monat bereits Millionen Nutzerzahlen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Zusammenwirken mit den Ländern sicherzustellen, dass Teile der finanziellen Mittel des DigitalPakts von den Ländern für entsprechende Online-Lösungen genutzt werden können;
2. in Zusammenarbeit mit den Ländern eine White-List (Positiv-Liste) qualitativ hochwertiger, zum Teil durch Nutzung durch die Länder qualitätsgeprüfter Online-Anbieter zusammenzustellen;
3. sich bei den Ländern dafür einzusetzen, dass diese mit entsprechenden qualitätsgeprüften Online-Anbietern Rahmenverträge abschließen, aus denen die Schulen unkompliziert für ihre Schulen die besten Angebote für sich auswählen können;
4. im Bedarfsfall mit den Ländern zu vereinbaren, dass der Bund die Länder beim Erwerb von Lizenzen dieser Anbieter auch finanziell unterstützt;
5. im Zusammenwirken mit qualitätsgeprüften Online-Anbietern und den Ländern umfassende Angebote für Lehrerweiterbildung, zum Beispiel in sogenannten Webinaren zu entwickeln bzw., wenn diese schon vorhanden sind, rasch zur Verfügung zu stellen, damit insbesondere auch bisher technikferne Lehrerinnen und Lehrer die digitalen Angebote schnellstmöglich nutzen und bedienen können;
6. so schnell wie möglich zusammen mit den ausgewählten Online-Anbietern die Nutzung stabiler Serverkapazitäten sicherzustellen.

Berlin, den 26. März 2020

Christian Lindner und Fraktion